

ROBERT KATZENSTEIN

Zuwanderung und Arbeitsmarkt

Provoziert der gegenwärtige Kapitalismus den Zulauf für die Rechtsradikalen?

Die Zuwanderungsfrage ist keine nationale, sondern eine soziale Frage¹. Ihr liegt ein zentrales Problem des Arbeitsmarktes zugrunde: die Konkurrenz der Arbeitskräfte um die Arbeitsplätze.

Dieses Problem, bisher durch die Arbeit der Gewerkschaften abgemildert, wird durch die Öffnung der Märkte, das durch Markt fetischismus hervorgerufene wirtschaftliche Chaos und die niedrig gehaltenen Löhne in den zurückgebliebenen Ländern, erneut und scharf wie in den Anfangszeiten des Kapitalismus, auf die Tagesordnung gesetzt. Seiner äußerlichen, auf die Ausländer bezogenen Hülle entkleidet, setzt das Problem aber sichtbar neue Akzente: In einer hochproduktiven Wirtschaft, wie sie in den wirtschaftlichen Metropolen erreicht ist, in der es, vom technischen Stand her, im Grunde eine Kleinigkeit ist, den in Hochkonjunkturzeiten erreichten Lebensstandard² für die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit dauerhaft zu erhalten, ist die massenweise Ausgrenzung von Arbeitskräften aus der Produktion in Zeiten rückläufiger Konjunktur geradezu widersinnig. In jedem Familienbetrieb wird überschüssige Arbeitskraft bzw., ein anderer Ausdruck für dieselbe Sache, disponible Arbeitszeit zur Erledigung vorher vernachlässigter Aufgaben genutzt oder, so der Überschuß eine Dauererscheinung ist, die Arbeitszeit wird allgemein zurückgefahren. Mag sein, daß es schwierig ist, in gesellschaftlichem Maßstab auch in dieser Weise zu verfahren, Markt und Konkurrenz wirken dagegen. Man muß aber doch zumindest versuchen, Wege in dieser Richtung zu beschreiten.

Markt und Konkurrenz werden sicherlich nicht ohne weiteres aufzuheben sein. Auch nicht auf dem Arbeitsmarkt, obwohl es, bei dem Zivilisationsstand, den wir erreicht zu haben annehmen, eigentlich eine Schande ist, daß die Arbeitskraft des Menschen, mit der er seinen Anteil an der gemeinsamen Herstellung des Brutto-Sozialprodukts leistet, auf dem Markt als Ware gehandelt und ihm sein Anteil an dem Produkt der gemeinsamen Arbeit nicht nach seinem Anteil an der Produktionsleistung, sondern nach dem Preis zugemessen wird, den er für seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt erzielt. Die Menschheit ist jedoch zu lange in den Marktgleisen gefahren, als daß sich die dadurch bewirkte Verkehrung der Verhältnisse in den Köpfen der Menschen ohne weiteres abbauen ließe. Marktsteuerung der Wirtschaft ist also nach wie vor angesagt. Es bedarf also auch noch des Arbeitsmarktes. Zunächst einmal gehören dann sogar Arbeitslosigkeit und strukturelle Lohn-

gestaltung zu den Regulativen der Märkte; anders lassen sich, wenn man einmal nur den gesellschaftlichen Arbeitsfonds im Auge hat, weder die gesellschaftlich notwendige Arbeitsintensität aufrechterhalten noch der technische Fortschritt in neue Qualifikationsstrukturen umsetzen etc. Sowohl in den realsozialistischen Ländern als auch in den industrialisierten Metropolen, in den relativ kurzen Zeiten der Vollbeschäftigung, hat sich gezeigt, daß der Arbeitsmarkt aus dem Ruder läuft, sobald der Arbeitsplatz sicher ist. Das Qualifizierungsbestreben erlischt, die Arbeitsmoral sinkt. Die Rückkehr zu klassischem ökonomischem Marktdenken in den kapitalistischen Ländern ist im Grunde nur die Reaktion einer in bornierten Strukturen verhafteten Politikerkaste auf diese Vorgänge. Angesichts des Reichtums der modernen industrialisierten Gesellschaften, des hohen Standes ihrer Arbeitsproduktivität, sollte solch ein Marktfundamentalismus eigentlich nicht mehr vertretbar sein. Der Arbeitsmarkt müßte vielmehr zivilisiert werden. Ohne Regulierung des Marktgeschehens ist das freilich nicht möglich. Es ist aber machbar, und es sollte eigentlich Anliegen aller Parteien sein, das durchzusetzen. Dann würde auch der Fremdenhaß verschwinden; die Zuwanderung ist nur jener Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt.

Die Zuwanderung fremder Arbeitskräfte verursacht die Arbeitslosigkeit nicht, aber sie trifft jene Schichten der Lohnabhängigen hart, die von den ökonomischen Verwerfungen an sich schon besonders gebeutelt werden, die ungelernten jungen, die älteren, die Frauen und schließlich jene, deren, teilweise hohen, Qualifikationen durch den Strukturwandel vernichtet werden. Das sind breite Schichten. Die Konkurrenz der Arbeitskräfte um Arbeitsplätze wird durch die Zuwanderung erheblich verschärft und das wirkt sich auf die Lage der Arbeitskräfte in ihrer Gesamtheit aus. Zur nationalen Frage, zum Fremdenhaß, hat sich dieses Konkurrenzverhältnis heute wohl vor allem deshalb zugespitzt, weil der innere Druck dieser Konkurrenz bisher noch durch das - errungene und auch unter dem Einfluß des Konkurrenzverhältnisses zur DDR gewachsene - soziale Netz gedämpft worden ist; in den USA schlug sich das Problem zunächst als Rassismus nieder, weil dort der schwarze Bevölkerungsteil in die Rolle gedrängt war (und auch noch ist), Arbeit um jeden Lohn suchen zu müssen, inzwischen, seit Puertorikaner etc. vermehrt in die USA strömen, spielen auch isolationistische Gefühle eine Rolle, in diesem Zusammenhang nur eine Spielart des Nationalismus.

Deutsche und auch schon gewisse Zeit in der Bundesrepublik arbeitende ausländische Lohnabhängige sind durch die Arbeitsgesetzgebung und das soziale Netz zumindest soweit geschützt, daß sie niedrig bezahlte oder schlechtere Arbeit nicht unbedingt anzunehmen brauchen. Von ihnen geht kein unmittelbarer Druck auf die Lebenslage der Werkstätigen aus. Anders bei Zuwanderern. Sie besitzen in der Regel nur das, was sie auf dem Leibe haben. Die Sozialhilfe hilft ihnen über die größten Schwierigkeiten hinweg. Um jedoch richtig Fuß fassen und dann auch einen gewissen Standard erreichen zu können, müssen sie jede sich bietende Arbeitsgelegenheit ergreifen. Der Sozialhilfestatus reicht dazu

nicht aus, es sei denn, er würde durch Schwarzarbeit aufgebesert. Hier liegt also schon der erste Grund für die Zuwanderer, die Einheimischen beim Angebot ihrer Arbeitskraft zu unterbieten. Asylanten, ohne Arbeitserlaubnis und ohne Rückhaltungsmöglichkeit in ihrer Heimat, sind noch schlimmer dran. Sie setzen alles daran, um wenigstens ein Zubrot zur Sozialhilfe zu verdienen. Illegale Zuwanderer gar, oder Wanderarbeiter, geben sich mit geringeren Löhnen zufrieden, weil sie mit diesen, in die Heimatwährung gewechselt, zu Hause immer noch besser leben können als die Daheimgebliebenen. Von diesen Schichten geht also ein besonderer Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen aus, der sich letzten Endes auch auf die Lebenslage aller Lohnabhängigen auswirkt. Der Druck ausländischer Billigfirmen tut ein Übriges. Hinzu kommt die allgemeine Unsicherheit, die durch die arbeitsplatz- und qualifikationsvernichtenden Wirkungen des schnellen technischen Fortschritts ausgelöst wird.

Inzwischen ist der kritische Punkt erreicht, an dem sich regelrechte Angst um den Arbeitsplatz entfaltet hat. Diese ist es, die dort in Haß umschlägt, wo der Druck unmittelbar wirksam und die Zuwanderung als seine scheinbare Ursache sichtbar wird. Petra Bach greift zwar daneben, wenn sie meint, daß die Lohnabhängigen an diesem Punkt von den Linken im Stich gelassen werden, auf die Wissenschaftler aber trifft das allemal zu. Sie haben das Wissen und die Denkfähigkeit erworben, die es ihnen erlauben, die Fakten zu erkennen und Problemlösungen zu erarbeiten. Von wem sonst sollten sie kommen? Hier sind sie, übrigens auch die nicht-linken, in der Verantwortung.

Von den Unternehmern sind Problemlösungen nicht zu erwarten. Sie sind so eingespannt in Profitdenken und Konkurrenzdruck, daß aus ihren Reihen allenfalls Außenseiter Lösungsvorschläge anbieten, diese aber ohne den Druck der lohnabhängigen Gegenkräfte nicht durchsetzen könnten. Von der politischen Klasse ist nichts zu erwarten. Ihre wirtschaftspolitische Untätigkeit läßt sogar den Gedanken aufkommen, daß ihnen der Druck des Arbeitsmarktes auf die Werk tätigen gerade recht zu sein scheint, um diese in ihren Ansprüchen zügeln zu können; in der Hoffnung, auf diese Weise Triebkräfte der Wirtschaft freisetzen und Arbeitsplätze schaffen, also ihre Klientel auf beiden Seiten befriedigen zu können. Eingebunden in das Kräftefeld von Unternehmerwirtschaft einerseits und Wählerbasis andererseits, ist das eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt ihrer eigenen gesellschaftlichen Stellung. Von den Politikern sind deshalb, trotz aller schönen Worte, nur Scheinlösungen zu erwarten; sie verstärken die Grenzen für Asylsuchende und illegale Einwanderer und holen gleichzeitig, durch die Öffnung der Grenzen der EG-Binnen-, Arbeits-, Kapital-, Waren- und Leistungsmärkte, die Konkurrenz offiziell herein. Verschärfung des Asylrechtes, Abschiebungen usw. sind also bloße Augenwischerei, noch dazu eine überaus inhumane! Die linke Sozialwissenschaft aber scheint sich nur daran festzuklammern und über wohlfahrtsstaatliches Denken nicht hinaus zu kommen. Im Hinblick auf die Lösung der Probleme sind aber auch brüderliche Teilungsvorschläge bloß Luftblasen.

Weil die Linken hier von ihren Wissenschaftlern keine Anregungen erhalten, können die Rechten das Feld besetzen. Auch sie haben nur Losungen, keine Lösungen, aber diese vermitteln den Eindruck von Tatkraft. Deshalb der Zulauf, der sich noch verstärken wird, wenn ihnen nichts entgegengesetzt wird.

Nicht nur die Rechtsextremen, auch die nur schlicht nationalistischen Gruppen sind gefährlich. Nationales Denken kommt bei den Menschen an, weil es zu signalisieren scheint, daß dem Auslandsdruck, der scheinbaren Ursache allen Übels, entgegengewirkt werden soll. Dabei geht Nationalismus am Problem vorbei. Bei etwas genauerer Hinterfragung zeigt sich schnell, daß nationales Denken überholt ist; ich sehe dabei davon ab, daß der Begriff der Nation ohnehin inhaltlich völlig anders aufzufassen ist, als er hier in der Diskussion gebraucht wird.³ Nationalismus kann das Problem nur verschärfen.

»Nationen«, im allgemein gebräuchlichen Sinne, entstanden in der Regel auf der Basis wirtschaftlicher Verflechtungen. Nicht alle. In der Schweiz waren es Sicherheitsinteressen: Die einzelnen Volksgruppen der Eidgenossen brauchten den Beistand der anderen, um die beutegierigen Zugriffe des Hochadels und starker feudaler Städte in ihrem Umfeld abwehren zu können. In der Regel sind es aber die wirtschaftlichen Verflechtungen, die die verschiedenen Volksgruppen im Laufe der Zeit zu einer Nation verschweißen. Solange die verschiedenen Stammesgruppen nur Überschüsse ihrer verschiedenen Gewerbe austauschen, überwiegen die eigenständigen Interessen die gemeinsamen. Bilden sich aber arbeitsteilige Verflechtungen zwischen den Völkchen aus, so kommt schließlich auch der Punkt, an dem die Grenzen, die unterschiedlichen Währungen etc. als Störung empfunden werden, sie werden ausgehöhlt und schließlich abgeschafft. Auf dieser Basis wachsen diese Volksgruppen nach und nach auch politisch, kulturell etc. zusammen. Eine gemeinsame Sprache ist für diese Vernetzungen sicherlich förderlich, aber wie die Beispiele Schweiz oder USA zeigen, nicht Bedingung.⁴ Ohne schwere wirtschaftliche Erschütterungen läßt sich eine solche ökonomische Vernetzung dann auch nicht mehr rückgängig machen. In der Hauptsache daraus erklärt sich die Schwere der Wirtschaftskrisen in den Ländern, die sich aus dem gewachsenen Verbundsystem der UdSSR bzw. des sozialistischen Blocks gelöst haben. Auch die Wirtschaft der neuen Bundesländer Deutschlands ist durch das Zerschneiden des gewachsenen Produktions- und Marktgeflechtes mit diesem Block schwer erschüttert worden. Ich vermute, daß hier auch die tiefen Ursachen für die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion zu suchen sind. In solchen Situationen versucht jede Volksgruppe, so gut wie möglich aus dem Auflösungsprozeß herauszukommen. Und dazu gehört eben auch der Zugriff auf wichtige wirtschaftliche Zusammenhänge, die auf nunmehr fremdem Territorium liegen.

Auch die EG ist heute wirtschaftlich schon weiter vernetzt, als es die bloßen Außenhandelszahlen zeigen und diese Vernetzung läßt sich ohne Krisen ebenfalls nicht mehr rückgängig machen. Daher bleibt für die beteiligten Länder nur der Weg nach vorn.

3 Vgl. dazu Ronald Löttsch: Der Schutz nationaler Minderheiten aus historischer und aktueller Sicht. In: Utopie kreativ, Nr. 45/46 (Juli/August 1994), S. 16ff.

4 Ohne gemeinsame Sprache mag die Nationenbildung schwieriger sein. Ob man beispielsweise mit Bezug auf die Schweiz von einer Nation sprechen kann oder besser von einer multikulturellen Gesellschaft sprechen sollte, vermag ich nicht zu entscheiden, da ich auf diesem Gebiet kein Fachmann bin.

»National« denken heißt heute europäisch oder gar international denken, sofern man diesen Begriff überhaupt mit solchen Inhalten füllen kann. Die nationalistischen Vorstellungen der rechten Parteien sind aber den alten vulgären Inhalten des Begriffs verhaftet, sie sind rückwärtsgewandt, reaktionär. Deutschland zuerst, heißt es da. Genau dies aber muß in letzter Konsequenz zum Zerreißten gewachsener Vernetzungen führen, folglich zu wirtschaftlichen Krisen und politischen Konflikten, die, verbunden mit dem den Rechten innewohnenden Gewaltpotential, durchaus zu Kriegen auflaufen können. Diese Gefahr ist nicht zu unterschätzen. Für die Rechten ist der Ausländerhaß nur das Vehikel zur Mobilisierung der Massen für die eigenen Zwecke, aber diese Mobilisierung, einmal in die Richtung gebracht, entfaltet Eigenkräfte, die auch dann noch in die gleiche Richtung drängen, wenn sich erweist, daß die Zuwanderung von Ausländern gar nicht das eigentliche soziale Problem war. Die rechten Parteien und Gruppen sind lebensgefährlich.

Die eigentliche Gefahr geht jedoch meines Erachtens nicht von den Rechten an sich aus. Sie liegt vielmehr in der möglichen Instrumentalisierung dieser Gruppen und Parteien durch die Herrschenden; ohne eine solche Instrumentalisierung hätten sich auch die mörderischen Potenzen der Hitler-Bewegung nicht entfalten können. Trotz aller Lernprozesse, die sicherlich stattgefunden haben, ist eine solche Instrumentalisierungsgefahr aber auch heute noch nicht unbedingt auszuschließen. Das zeigt das Auftreten Berlusconi in Italien, und angesichts der seltsamen Schonbehandlung der Rechtsextremisten in der Bundesrepublik drängt sich auch hier die Frage auf, ob dies schon auf den Gedanken einer möglichen Instrumentalisierung dieser Parteien und Gruppen im Falle einer Zuspitzung sozialer Konflikte zurückzuführen oder ob hier tatsächlich nur ein Mangel an Vergangenheitsverarbeitung ursächlich ist. Wahrscheinlich beides, je nachdem, welche Gruppe der herrschenden Eliten man für die Betrachtung heranzieht. Die Unterschätzung des Ausmaßes der Gefahr ist jedoch genauso gefährlich, wie die Hoffnung der Instrumentalisierung. Extremistische Gruppen gewinnen, einmal an der Macht, eine Eigendynamik, die sich nicht mehr instrumentalisieren läßt; das sollte eigentlich die Moral der Geschichte des 20. Juli 1944 zeigen. An dem Problem geht aber auch der ständige Hinweis aus dem Außenministerium auf den Eindruck vorbei, den die rechte Randalie im Ausland macht. Hier geht es nicht nur um das Ansehen Deutschlands im Ausland. Hier geht es um echte Gefahren für die Nachbarn und für Deutschland. Um das zu ermessen, braucht man sich nur Bilder anzuschauen, wie *Deutschland und die Deutschen* 1945 ausgesehen haben! Und dann an die Atombombe und an Hiroshima zu denken! Das vermittelt einen Eindruck von dem Ausmaß der Gefahren auch und gerade für uns selbst. Man muß in Betracht ziehen, daß die Rechten nicht vom Verstand gelenkt werden, sondern von vordergründigen, irrationalen Gefühlen. Mit Verstand und rationaler Logik ist ihnen deshalb auch nicht beizukommen.

Wenn meine Sicht der Dinge richtig ist - und man davon ausgeht, daß die Veränderung der herrschenden Eliten längere Zeit

in Anspruch nimmt -, so sollten die demokratischen Parteien ihre Kräfte auf zwei Ebenen konzentrieren: Erstens, den Antifaschismus zu befördern; auch wenn es ein »verordneter« Antifaschismus ist, sofern er dazu führt, daß sich wirksame Maßnahmen in Schule, Bildungswesen, Polizei und Justiz ausbilden, ist allemal besser als die momentane Haltung, die dem Rechtsextremismus nahezu freie Entfaltung ermöglicht. Zweitens, auf die rigorose Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; nur Erfolge auf diesem Gebiet können den Boden trocken legen, auf dem die rechte Gefahr sprießt.

Die Anziehungskraft des Rechtsextremismus beruht im Moment, soweit ich das zu beurteilen vermag, nur selten auf nationalistischen Gefühlen - diese werden im Zuge der Bewegung erst geweckt -, sondern vor allem darauf, daß er einen unmittelbaren und deshalb scheinbar überzeugenden Zusammenhang zwischen dem sozialen Problem und seiner Lösung herstellt; Lohndumping mit ausländischen Arbeitskräften - Ausländer raus. Zum einen wird mit dieser Parole die tatsächliche Ursache der Misere angerissen, die Konkurrenz um die knappen Arbeitsplätze. Deshalb ist sie einsichtig, obwohl sie verkürzt und deshalb falsch ist; die Arbeitslosen sind nicht die Ursache, sondern die Folge der Krise, gleichgültig ob sie Deutsche oder Ausländer sind. Die Abschiebung der Ausländer würde zum Abbau weiterer Arbeitsplätze führen, sie wäre also kontraproduktiv, denn mit ihnen verschwände auch der Markt, den sie in Deutschland bilden. Dennoch wird an dieser Parole die Meßlatte sichtbar, die an alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzulegen ist. Dem sozialen Niedergang als Folge der Arbeitslosigkeit ist nur wirksam zu begegnen, wenn die auf die Ankurbelung der Konjunktur bzw. Steigerung der Beschäftigung gerichteten Maßnahmen zugleich auch die Konkurrenz der Werktätigen untereinander vermindern. Dazu gehört natürlich auch, daß sie nicht zur Auflösung der Solidartraditionen der Lohnabhängigen führen. Freilich nicht im Sinne moralisch-karitativer Hilfe, sondern der Hilfe zur Selbsthilfe, d.h. nicht offene Grenzen für alle Flüchtlinge, sondern mehr und wirkungsvollere Entwicklungshilfe.⁵ Wir müssen damit beginnen, die Begriffe nach ihren positiven und ihren negativen Seiten zu untersuchen.⁶ Solidarität im Sinne offener Grenzen erfüllt die Anforderungen der Meßlatte nicht; sie bringt neue Zufuhr von Arbeitsuchenden auf den ohnehin überfüllten Arbeitsmarkt. Anders aber die Forderung nach gleichmäßigerer Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle arbeitsfähigen Bürger oder nach Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Beschäftigungsgesellschaften etc.

Natürlich bringt das Folgeprobleme mit sich. In unserem System wird die Wirtschaft nicht durch Gemeinsinn, sondern durch Gewinn bestimmt. Gewinn bestimmt auch die Bewegung der Marktkräfte. Das führt gesetzmäßig zu Lohn-, Arbeitsdruck etc. bei einer starken Unternehmerstellung im Markte und umgekehrt natürlich auch zu Lohnsteigerungen, verbesserten Arbeitsbedingungen, aber auch sinkender Arbeitsmoral, wenn die Lohnabhängigen eine starke Stellung im Markte haben. Diese Erfahrung wurde sowohl im Kapitalismus wie im Realsozialismus gemacht. Im Kapitalismus war das letzten Endes auch der auslösende Faktor

5 Freilich darf kein Zweifel daran bestehen, daß es Abstriche vom Verfassungsgebot der Asylgewährung für politisch Verfolgte unter keinen Umständen geben darf. Das ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch eines der politischen Vernunft; es unterstützt die demokratischen Bewegungen in nichtdemokratischen Ländern, trägt also dazu bei, solche Flüchtlingsströme schließlich zum Versiegen zu bringen.

6 Es ist an der Zeit, daß auch die Geisteswissenschaften beginnen, ihre Begriffe zu zerlegen. Diese Begriffe sind gewiß ebensowenig der Weisheit letzter Schluß, wie es in der Physik der Atomkern war.

für den Siegeszug der Neoklassik und die Deregulierungs-Politik der Reagan- bzw. Thatcher-Regierungen. Eine Reaktion mit ausgesprochen inhumanen Folgen, wie die darauf einsetzende Arbeitslosigkeit und Verarmung eines beachtlichen Anteils der lohnabhängigen Bevölkerung zeigt.⁷ Es müssen andere Lösungen gefunden werden. Das müssen Lösungen sein, die die Einsatz-Motivation der Lohnabhängigen fördern und nicht untergraben. Möglicherweise wird sich die Lösung nur im Miteigentum der Belegschaften am Betrieb finden lassen. Vielleicht spielen aber die Eigentumsverhältnisse nur indirekt eine Rolle, und es würde zweckmäßiger sein - es sind ja nicht nur betriebliche, sondern auch die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte strukturell oder konjunkturbedingter Zwänge zur Verlagerung von Arbeitskräften in andere Betriebe oder Bereiche zu berücksichtigen -, einen Teil des Einkommens der Werk tätigen mit ihrer Arbeits-, einen anderen Teil ganz generell mit der Betriebsleistung zu verknüpfen. Derartige Lösungen werden natürlich durch das Gemeineigentum an den Betrieben erleichtert. In den frühsozialistischen Produktionsverhältnissen mag sich also schon die Grundlage einer echten Lösung angedeutet haben. Wenn dem so sein sollte, so waren sie jedoch nicht so entwickelt, daß sie solche Motivationen automatisch hervorgebracht hätten. Ganz im Gegenteil. Es war gerade das Anliegen der Reformkräfte, die realsozialistischen Verhältnisse in dieser Richtung umzugestalten; sie sahen die Lösung in einer Verbindung zwischen Sozialismus und Markt, d.h. in einem sozialverträglichen Wirksamwerden der Marktkräfte. Wahrscheinlich wird hier, im Übergang zu einer ökologisch und sozial orientierten Regulierung der Marktkräfte, die Lösung auch zu finden sein. Ob ein solcher Umbau im Rahmen eingefahrener frühsozialistischer Produktionsverhältnisse ohne sozialen und politischen Aufruhr machbar ist, wird sich in China zeigen. Aber auch im Kapitalismus müssen die eingefahrenen Geleise verlassen, neue Wege gesucht und beschrritten werden. Der Rückschritt zu »Marktkräften ohne Grenzen« in einer profitorientierten Wirtschaft hat sich als sozial und ökologisch so katastrophal schädlich erwiesen, daß regulierend eingegriffen werden muß. Gegenüber dem Sozialismus hat der Kapitalismus politisch den Vorteil, daß sich solche Veränderungen nicht als Rückschritt zu althergebrachten Verhältnissen, sondern als Schritt zu neuen Ufern darstellen. Zumal er hier an positive Erfahrungen anknüpfen kann.

Schon seit dem vorigen Jahrhundert wurden die sozial schädlichen Einflüsse kapitalistischer Konkurrenz auf den Arbeitsmarkt, die sich auf politischem Gebiet im Aufkommen der Sozialdemokratie niederschlugen, nach und nach durch eine ganze Reihe von Gesetzen begrenzt: Begrenzung des Arbeitstages, Verbot der Kinderarbeit, Arbeitsschutz usw. Kurz vor dem Übergang ins 21. Jahrhundert sollte es wohl an der Zeit sein, an diese Erfahrungen anzuknüpfen und die negativen Einflüsse der Konkurrenz auf die Lebenssituation der arbeitenden Menschen vollends einzudämmen und soziale Sicherheit zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist freilich auch der Begriff der Konkurrenz neu zu hinterfragen. In mancher Hinsicht, beispielsweise für die allgemeine

7 Amerikanische Studien haben übrigens inzwischen negative Seiten der Deregulierung aufgedeckt - Demoralisierung der Beschäftigten und Entsolidarisierung mit der Firma, Ausdünnung oder gar Verlust der Stammbelegschaften -, die den angestrebten Zielen auf betriebswirtschaftlichem Gebiet, Steigerung von Produktivität und Gewinn, entgegenwirken.

Durchsetzung technischen Fortschritts, die Leistungsförderung usw., ist Konkurrenz unverzichtbar; im Frühsozialismus hat sich das Fehlen der Konkurrenz sehr negativ ausgewirkt. Aber daraus folgt doch noch keineswegs, die vergangenen positiven Erfahrungen belegen es, daß deswegen auch ihre negativen Seiten einfach hingenommen werden müssen. Schon gar nicht auf dem Arbeitsmarkt. Menschliche Arbeit ist heute so hochproduktiv, daß sie - die maschinelle Grundlage und das Wissen sowie die Erfahrung im Umgang mit ihr einmal gegeben -, den jeweils gegebenen sozialen Standard dauerhaft sichern kann. Von den ökonomischen Grundlagen her kann soziale Sicherheit also gewährleistet werden, sie gehört deshalb in den Katalog der unverzichtbaren Menschenrechte.

Eine andere Frage ist es, was unter »Sozialer Sicherheit« zu verstehen ist. Sicherlich werden ökologische Gründe zu einer Neudefinition des Begriffs »Sozialer Standard« führen; die Lebensqualität kann auch steigen, wenn der Anteil der materiellen Güter daran sinkt, aber der von immateriellen Diensten steigt, etwa des Bildungs- oder Gesundheitswesens. Überflüssige Produktionen werden sicherlich abgebaut, schädliche umgebaut oder ausgetauscht werden. Auch die ökologische und soziale Neustrukturierung der materiellen Produktion wird also dazu beitragen, die Struktur des »Sozialen Standards« zu verändern; bei gleichzeitiger Steigerung der Lebensqualität. Allerdings deuten sich mit diesen Prozessen auch gleich unvermeidbare Grenzen sozialer Sicherheit an. Neustrukturierung der Produktion bzw. der sozialen Standards bringt auch Arbeitsplatzvernichtung mit sich und bewirkt, daß hergebrachte Qualifikationen von neuen verdrängt werden. Soziale Sicherheit kann also nicht lebenslange Sicherheit des gegebenen Arbeitsplatzes und der einmal erworbenen Qualifikation bedeuten. Weiterbildung, gegebenenfalls auch Neuqualifizierung und beruflicher Wechsel sind also die Voraussetzungen für die dauerhafte Aufrechterhaltung und die Steigerung des sozialen Standards der Werktätigen.

Natürlich handelt es sich hier um theoretische Überlegungen, die nicht einfach in die Praxis umzusetzen sind. Aber sie sind machbar. Im Frühsozialismus, was immer ihm sonst auch zu Recht vorgeworfen werden kann, ist der soziale Standard der Werktätigen dauerhaft, in der Sowjetunion über siebzig Jahre lang, gesichert und auch gesteigert worden. Freilich nahm das Entwicklungstempo im Laufe der Zeit ab, bis hin zur Stagnation. Dennoch legt diese Erfahrung nahe, daß soziale Sicherheit machbar ist und daß es sich lohnt, sich dafür einzusetzen.

Freilich bestehen jetzt andere, kapitalistische Rahmenbedingungen. Die Erfahrungen mit der »Sozialen Marktwirtschaft« zeigen jedoch, daß auch der Kapitalismus veränderbar ist. Ob in diesem Rahmen Grenzen sozialer Entwicklung für die Werktätigen festgeschrieben sind und das System erst verändert werden muß, bevor diese Grenzen überwunden werden können, oder ob der Ausbau sozialer Entwicklungsmöglichkeiten für die lohnabhängige Bevölkerung selbst schon dieser Prozeß der Veränderung des Systems ist, muß dabei noch ausgelotet werden.

Arbeitszeitverkürzung bzw., allgemeiner ausgedrückt, Regulierung der Arbeitszeit mit dem Ziele gleichmäßiger Verteilung der Arbeit auf alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft, wäre der erste und wohl auch der wichtigste Schritt zur Zivilisierung des Arbeitsmarktes, weil er zugleich Freizeit für die Weiterbildung oder den Erwerb neuer Qualifikationen schafft, also Freiraum für notwendige Umstrukturierungen, und zugleich für diese Umstrukturierungen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie den Erwerb neuer Qualifikationen auch Zielsetzungen gibt: den Um- und Ausbau des Bildungswesens.

Hier ist der Staat gefordert. Ohne gesetzliche Festschreibung und Absicherungen nach außen ist eine Arbeitszeitverkürzung nicht durchzuhalten. Bei dem Mißverhältnis zwischen moderner Technik, rationellen Größenordnungen der Produktion und nationalen Märkten bereiten nationale Alleingänge in solchen Fragen heute sicherlich Schwierigkeiten. Sie sind aber auch nicht ausgeschlossen. Das vereinigte Deutschland hat innerhalb der Europäischen Union ein so großes ökonomische Gewicht, daß es hier die Vorreiterrolle übernehmen könnte; zumal eine solche Maßnahme auch in anderen Ländern der EU, namentlich in Frankreich und den skandinavischen Ländern, Unterstützung finden würde. Der europäische Markt ist aber groß genug, um eine Arbeitszeitverkürzung gegen Sozialdumping von außen auch unter heutigen Produktionsbedingungen absichern zu können.

Unter Marktbedingungen reicht die Arbeitszeitverkürzung allein nicht aus, um soziale Sicherheit zu gewährleisten. Das Mißverhältnis zwischen modernen Produktionskapazitäten und sich neu entwickelnden Absatzmärkten ist heute so groß, daß es staatlicher Anstöße bedarf, um neue Bedarfswelder auch als Märkte zu erschließen. Hier bedarf es staatlicher Hilfestellung und zwar nicht sporadisch, auf einzelne Zweige bezogen, sondern als ständige Aufgabe, die sogar institutionell in der Regierung verankert werden müßte. Anders lassen sich heute wirtschaftlich wesentliche Entwicklungsaufgaben nicht mehr vorantreiben. Mit dem Fortschritt der Technik verlangen moderne Anlagen immer häufiger immense Vorleistungen an Investitionskapital, während sich der Absatz für die Produkte oder Leistungen dieser Anlagen und damit auch die Verzinsung dieser riesigen Kapitale überhaupt erst zu entwickeln beginnt, wenn diese Vorleistungen erbracht, die Kapitale fixiert worden sind. Es geht dabei nicht nur um das Risiko. Das Geschäft kann durchaus von vornherein überschaubar sein. Beispielsweise konnte man von vornherein absehen, daß Erdgas alle Voraussetzungen bot, um zu einem Pfeiler der Energiebasis zu werden. Dennoch war es unmöglich, die holländische Gasblase auf privater Basis für die Bundesrepublik nutzbar zu machen, weil kein potentieller Verbraucher die nötigen Umstellungsinvestitionen für den Verbrauch von Erdgas an seinen Anlagen vornehmen wollte, bevor nicht das Gas an Ort und Stelle zu beziehen war. Dann aber hätte auch erst die Entwicklung des für die Verzinsung des Pipeline-Kapitals nötigen Absatzmarktes begonnen. Ohne die Hilfestellung des Staates wäre diese Entwicklung also nicht oder erst nach langem Zögern zustande gekom-

men. Den großen Investitionen folgt in solchen Fällen eine lange Periode ohne Gewinn, und das ist der Grund, warum privates Kapital für solche Anlagen kaum zu begeistern ist, solange andere Anlagensphären schnelleren Gewinn in Aussicht stellen.

Der Staat muß hier einspringen, zumal es sich häufig um Investitionen von lebenswichtiger Bedeutung handelt. Das widerspricht nicht der Tatsache, daß sich solche Bereiche später privatisieren lassen. Mit dem Wachstum und dem zunehmenden Vergesellschaftungsgrad der Produktion kann privates Kapital solche Entwicklungen auch selbst übernehmen. Beispielsweise sind Pipelines oder auch Autobahnen inzwischen wirtschaftlich so integriert, daß die Amortisationen dieser Anlagen und der Gewinn, selbst schon nach Fertigstellung einzelner Abschnitte zu fließen beginnen; privates Kapital läßt sich dafür daher ohne Schwierigkeiten mobilisieren. In den Anfangsphasen solcher ökonomischen Schlüsselentwicklungen läuft jedoch nichts ohne den Staat. Heute wird das an der Raumfahrt, am Umweltschutz, an der Entwicklung neuer Energien usw. deutlich sichtbar. Öffentliche Raumfahrt-Programme und die mit der Raumfahrt verbundene Miniaturisierung waren die Basis der Entwicklung und schnellen Verbreitung der Computertechnik, also eines ganz wesentlichen Bereichs wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Veränderungen. Fortschritte im Umweltschutz, der Nutzung der Solarenergie etc. sind ohne staatliche Beförderung nicht denkbar, und die Ursache, die diese Integration des Staates in die Wirtschaftssphäre notwendig macht, der Verwertungskonflikt, erlangt umso mehr allgemeine Bedeutung, je höher der gesellschaftliche Grad der Produktion durch den technischen Fortschritt getrieben wird.

Der Aufbau von Beschäftigungsgesellschaften in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein und jetzt auch in Berlin zeigt das langsame Reifen der Erkenntnis, daß hier Probleme liegen. Diese Gesellschaften werden vorläufig aber noch mehr oder weniger als vorübergehende Überbrückungshilfen zur Überwindung konjunkturell bedingter Wachstums-Hemmnisse gewertet; im besten Fall als Mittel, den Konflikt zu überbrücken, der zwischen der Entwicklung der Produktion auf der einen Seite und der Entwicklung der Beschäftigung auf der anderen Seite besteht. Das genügt nicht. Diese Gesellschaften müßten zu Elementen einer gesellschaftlichen Entwicklungspolitik werden.